

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, unterstreicht das Recht politisch Verfolgter auf Asyl in der Bundesrepublik: Konsequenz aus leidvollen Erfahrungen. Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert das filmpolitische Treffen der CSU: München - die einäugige Filmstadt. Seite 3

Gerhard Schröder MdB vergleicht den Umgang des Staates mit dem Flick-Konzern einerseits und der "taz" andererseits: Zweierlei Maß. Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB glossiert eine Kanzler-Bemerkung, mit der sich der Regierungschef selbst in die Tradition europäischer Geistesgrößen einreicht: Kohl auf den Schultern von Riesen. Seite 5

39. Jahrgang / 12

17. Januar 1984

"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht"


Der Artikel 16,2 des Grundgesetz basiert auf den Erfahrungen der vom Nazismus Verfolgten

Von Heinz Putzrath
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Sieben Asylanten mußten in den letzten Monaten sterben, und der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen beanstandete wiederum die Behandlung der Asylanten in der Bundesrepublik. Es ist also höchste Zeit, Alarm zu schlagen. Unser Plädoyer gilt allen Asylanten, besonders aber den politischen.

Diejenigen von uns, die während des Dritten Reiches ihre Zuflucht in anderen Ländern nehmen mußten, wissen, was Asyl bedeutet. Das gibt uns die Legitimation und die Verpflichtung, unsere Stimme zu erheben. Die leidvollen Erfahrungen der politischen Flüchtlinge in den Jahren zwischen 1933 und 1945 veranlaßten die Väter des Grundgesetzes zu erklären: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". (Artikel 16,2). Und in weiser Voraussicht wird im Artikel 19,2 bei eventuellen Einschränkungen festgelegt: "In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden."

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printprogramm-Druck
mit 100% recyceltem Papier


Die Art und Weise, wie die Bundesregierung das Problem behandelt, führt zu der Frage, inwieweit bereits jetzt das Grundrecht auf Asyl und damit das Grundgesetz unterlaufen oder verletzt wird. Das Recht auf politisches Asyl beinhaltet die Aufenthaltserlaubnis in unserem Land für zwei Jahre. In dieser Zeit soll geprüft werden, ob die politischen Umstände den Asylsuchenden zum Exil gezwungen haben. Doch wer ist eigentlich berufen, dies zu beurteilen und nach welchen Kriterien? Wir haben zu nahezu allen Regierungen diplomatische Beziehungen, auch zu den diktatorischen aus denen die Flüchtlinge kommen. Können unsere diplomatischen Vertretungen wirklich die objektiven Ursachen der Verfolgung für Einzelne oder Gruppen ermessen und prüfen? Und wenn sie es nicht können, wer dann? Hierfür muß eine Lösung gefunden werden.

In jedem Fall ist es unmenschlich und entwürdigend, den Asylanten zwar den Aufenthalt in unserem Staat zu gestatten, ihnen aber gleichzeitig, nämlich für zwei Jahre, die Möglichkeit zu nehmen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Ob sie angesichts unserer Wirtschaftslage eine Arbeit finden oder nicht, steht auf einem anderen Blatt. Sie aber von vornherein zu diskriminieren und zu Sozialhilfeempfängern zu machen, gibt keinen Sinn und ist skandalös. Das erzwungene Nichtstun macht viele seelisch und körperlich krank, zerstört ihre Persönlichkeit und auch ihren Glauben an die Wertigkeit einer sich demokratisch nennenden Gesellschaft.

Ihr Land verlassen zu müssen, bedeutet für die meisten Menschen eine sehr schwere Entscheidung. Die Trennung von den Angehörigen, die Zurücklassung ihrer Habe, in ein fremdes Land, ohne Sprachkenntnisse, ohne Geld, oft ohne genügende Berufsausbildung zu fliehen - niemandem wird dieser Schritt leicht fallen. Bei der Begegnung mit einer anderen Kultur stehen sie vor einer höchst ungesicherten Zukunft. Sie brauchen unsere Hilfe, nicht morgen, nicht übermorgen oder in zwei Jahren, sondern heute. Daher fordern wir, das verbrieftete Recht auf politisches Asyl sofort liberaler zu handhaben. Das ist politisch, ökonomisch und vor allem menschlich unabdingbar. Auch die Lebensbedingungen der Asylanten müßten so schnell wie möglich verbessert werden, damit sie in Einklang stehen mit dem Gebot des Grundgesetzes, die Menschenwürde "zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt".

(-/17.1.1984/ks/rs)

+ + +



München - die einäugige Filmstadt

Anmerkungen zum filmpolitischen Treffen der CSU

Von Dr. Anke Martiny MdB

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion.

Am vergangenen Wochenende hat die CSU in München ihr schon traditionelles filmpolitisches Treffen abgehalten. Bei dieser Gelegenheit sollte der Bundesinnenminister dem staunenden Volk - auch über die Grenzen der bayerischen Filmmetropole hinaus - verkünden, wie er's mit den Filmförderungsrichtlinien denn nun genau machen will. Immerhin beachtlich: kurz vor Weihnachten wurde der Entwurf verschickt, die Betroffenen durften sich äußern, sofern sie Zeit dazu fanden in der Weihnachtspause, jetzt geht es zur Sache: am 1. Februar sollen die Richtlinien bereits in Kraft treten.

Aber das Spektakel in München war dann gar keines. Immer noch ahnt niemand, in welcher Weise der Innenminister die öffentliche Kritik an seiner Filmförderungs politik berücksichtigen wird. Zahm gaben sich die Filmmacher, freundlich regierte der Minister, aber zur Sache selbst kam man nicht. So schön kann Regieren sein!

Drollige Marginalie am Rande: daß die CSU die Opposition zu ihrem Filmgespräch nicht einlädt, versteht sich. Daß aber der Spitzenverband der Filmwirtschaft SPIQ zum Filmball nun schon im zweiten Jahr die Opposition aussperrt, verwundert denn doch. Offenbar hebt es das Amüsement, wenn man möglichst sicher sein kann, daß alle Ballbesucher die Meinung der CSU-Filmgewaltigen teilen.

Fazit: um Filme anzuschauen, ist man mit zwei Augen sicher besser dran; um Filmpolitik zu machen, genügt eines, CSU-schwarz muß es nur sein! (-/17.1.1984/ks/rs)

+ + +



Zweierlei Maß

Zum staatlichen Umgang mit Flick einer- und der "taz" andererseits

Von Gerhard Schröder MdB

Der Subventionsskandal um die Flick-Gruppe schlägt hohe Wellen. Die Beteiligung am US-amerikanischen Mischkonzern Grace durch Flick, wird selbst vom Bundeswirtschaftsministerium inzwischen nicht mehr als förderungswürdig angesehen; auch die Kapitalbeteiligung am Gerling-Konzern scheint nicht forderungswürdig zu sein.

Fast 600 Millionen DM Steuerersparnis wurden dem Flick-Konzern vor Jahren flugs bewilligt. Erst staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, die zur Anklage wegen Bestechlichkeit gegen den Bundeswirtschaftsminister führten und das Drängen von Dieter Spöri, brachten die Überprüfung dieser Subvention in Gang.

Ganz andere Maßstäbe legen staatliche Stellen offenkundig bei kleineren Unternehmen, die zudem als "links" gelten, an. Ein Beispiel dafür ist der Steuerstreit um die einzige in Berlin erscheinende überregionale Tageszeitung, die "taz".

Der Sachverhalt ist simpel: Der Standortnachteil Berlins soll unter anderem dadurch ausgeglichen werden, daß Verlage, die Nachdruckrechte an Firmen im Bundesgebiet verkaufen, zehn Prozent Umsatzsteuer erlassen bekommen.

Diese Regelung schöpfte die "taz" - mit Genehmigung des Berliner Wirtschaftssenators aus. Aber, das Finanzamt erhob Einspruch. Die "taz" im Bundesgebiet sei ja früher hergestellt als die in Berlin, von Nachdruck könne folglich keine Rede sein, meint das Finanzamt.

Ganz abgesehen davon, daß dies daran liegt, daß in Berlin der Vertrieb der Zeitung schneller zu bewerkstelligen ist und deshalb der Redaktionsschluß später liegt: es sollte nachdenklich stimmen, daß ausgerechnet die erst fünf Jahre alte "taz" von den Finanzbehörden so gebeutelt wird. Schließlich steht fest, daß die Redaktion in Berlin sitzt, das Produkt also dort hergestellt wird.

Immerhin wird der "taz" auch von den Behörden bescheinigt, daß es sich bei ihr nicht um eine Scheinfirma handelt. Von denen gibt es bekanntlich eine ganze Menge in Berlin. Sie wären viel eher des Schweißes der Finanzbeamten wert gewesen.

Weshalb ich dies schreibe? Mir scheinen hier unterschiedliche Maßstäbe angelegt worden zu sein. Wie auch immer die rechtliche Lage sein mag: der Verdacht drängt sich auf, daß im Falle der "taz" steuerrechtliche Erwägungen nur den Vorwand abgeben, um einem unliebsamen und aufmüpfigen Blatte den Garaus zu machen. Einem Blatte eben, das sich nicht die "Pflege der politischen Landschaft" viel Geld kosten lassen kann.

+

+

+

(-/17.1.1984/ks/rs)

Helmut Kohl auf den Schultern von Riesen

Wie sich der Bundeskanzler selbst in die Tradition europäischer Geistesgrößen einreht

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Bundeskanzler hat den Karl-Valentin-Orden für unfreiwilligen Humor zu Recht bekommen. Zur Erinnerung: Helmut Kohl hat laut Bulletin Nr. 99/1982, S. 918, erklärt:

"Viele von ihnen leben nicht mehr. Doch ich will daran erinnern, daß wir, die heute leben, auf ihren Schultern stehen."

Helmut Kohl steht damit in einer bedeutenden geisteswissenschaftlichen Tradition des christlichen Abendlandes: in der Tradition derer, die den berühmten Aphorismus "Wir alle stehen auf den Schultern von Riesen" benutzt und um eigene Variationen bereichert haben.

Helmut Kohl steht damit in einer Tradition, die von Bernhard von Chartres über Robert (nicht Richard) Burton, Isaac Newton, John Stuart Mill, Friedrich Engels (dafür kann er nichts) bis Sigmund Freud und damit in die Gegenwart reicht.

Der bedeutende amerikanische Soziologe Robert K. Merton hat den Weg dieses Anspruches in seinem leider viel zu wenig bekannten Werk "Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit" (Frankfurt 1980) nachgezeichnet.

Merton müßte sein Werk bei künftigen Auflagen eigentlich um ein Kapitel "Helmut Kohl" ergänzen.

Ich will keine (oder nicht nur) Reklame für dieses Buch machen. Der Charakter dieses wichtigen soziologischen Werkes ist schwer zu beschreiben: Es handelt sich um ein ausführliches, weitschweifiges, zitatenreiches und höchst gelehrsameres Werk, das durch die Anwendung des ganzen wissenschaftlichen Instrumentariums an einem ungeeigneten Objekt die Begrenztheit der Methode deutlich macht.

Womit wir (wieder) beim Thema Regierungsapparat und seine Bedienung durch Helmut Kohl wären.

Übrigens:

Der Spruch lautet ursprünglich:

"Ein Zwerg, der auf den Schultern eines Riesen steht, kann weitersehen als der Riese selbst."

Isaac Newton hat daraus gemacht:

"Wenn ich weitergesehen habe als andere, so deshalb, weil ich auf den Schultern von Riesen stehe."

Eine zeitgenössische Abwandlung lautet:

"Manche könnten weitersehen, schauen aber nur verächtlich auf den Kopf zwischen ihren Füßen herab."
(-/17.1.1984/ks/rs)

+ + +

